



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/204 - 3.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Kommt Zeit - kommt Rat: Kanzlerpolitik und ihre Folgen	S. 1
In London tagte das Büro der Internationale	S. 3
Seltene Berlin-Politik des NWDR	S. 5
Angriff aus ungeahnter Richtung	S. 6
Der Stahlhelm ruft in Elmschenhagen	S. 7
Hinweis für die Redaktionen	S. 7

## Kanzlermethoden

nn. Keine der Entscheidungen, die in der letzten Zeit auf dem Petersberg getroffen wurden, atmet einen guten Geist. Das ist zu beklagen. Die Fackel des nationalen Protestes kann aber nicht dort geschwungen werden, wo die alliierten Fehlentscheidungen durch eine besondere Methode der deutschen Regierungspolitik erleichtert, wenn nicht gar herbeigeführt worden sind. Die Macht zwischen Hoher Kommission und Bundesregierung ist gewiß sehr ungleich verteilt. In dieser von der Regierung unverschuldeten Lage besteht für diese aber um so weniger Grund, den Alliierten Zugeständnisse zu machen, die vom deutschen Standpunkt aus unerträglich sind.

Der Bundeskanzler hat vom Augenblick der Amtsübernahme an den entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Er hat sich auf Verhandlungen eingelassen, die nicht echt waren, weil ihm von vornherein klare Alternativen gestellt wurden. Um das eine zu gewinnen, hat er das andere zugestanden. Die Warnung der Sozialdemokraten, nicht voreilig etwas zu unterschreiben, was auf die Dauer nicht gehalten werden könne, hat er in den Wind geschlagen. Adenauer macht mit der fatalen Altersabgeklärtheit Politik nach dem tief-sinnigen Spruch: Kommt Zeit, kommt Rat. Man erinnere sich seiner Erregung, als Carlo Schmid in einer Bundestagsdebatte einmal sagte, es dürfe, wenn es zu Verträgen und Abmachungen komme, auf

der deutschen Seite keinen *dolus eventualis* geben. Mit Entschiedenheit wies der Kanzler diese Äußerung, die gar nicht als Mutmaßung, sondern als grundsätzliche Warnung gemeint war, zurück. Die Erregung, die der Kanzler bei dieser Gelegenheit zeigte läßt keinen Zweifel daran, daß er sich über die unabsehbaren politischen Folgen für ein Land, dem der Ruf der Unaufrichtigkeit und Unzuverlässigkeit anhaftet, im klaren ist. Die unnötigen Angebote, das vorschnelle Unterschreiben bilden den Hauptgegensatz zwischen Regierung und Opposition in der Außenpolitik. Die Bundesregierung muß aber auch wissen, daß die Opposition ihr dort die Unterstützung versagen muß, wo die Alliierten einen von der Regierung ausgestellten Rechtstitel in Händen haben.

Wenn der amerikanische Hohe Kommissar jetzt auf die strikte Einhaltung der in der Note vom 14. März gegebenen Zusicherungen hinsichtlich der Auflösung des zentralen Kohlenverkaufs pocht, so ist das sicher keine schöne Geste angesichts der amerikanischen Bemühungen um die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft. In der erwähnten Note hat der Kanzler aber klipp und klar sein Einverständnis mit der Auflösung des Kohlenverkaufs erklärt. Natürlich, wird die Regierung sagen, haben wir diese Erklärung nur abgegeben, weil gewisse mündliche Zusicherungen vorlagen, daß Ersatzorganisationen im Rahmen des Schuman-Planes geschaffen werden können. Im übrigen hatte Staatssekretär Lenz damals im März durchblicken lassen, daß die ganze Angelegenheit nicht so ernst zu nehmen sei, da ja die Liquidation des DKV erst am 1. Oktober 1952 abgeschlossen zu sein brauche und dann noch um ein Jahr verlängert werden könne. Nachdem von deutscher Seite jetzt in dem deutsch-alliierten Sachverständigenrat Vorschläge für eine Ersatzorganisation gemacht wurden, muß sich die Regierung von McCloy den Vorwurf machen lassen, daß sie die gegebene Zusage nicht einhalten wolle.

Der schon durch seine Tonart aus dem Rahmen diplomatischer Gepflogenheiten fallende Brief McCloy's ist auch insofern ungewöhnlich, als zunächst nicht ersichtlich war, ob er in der gegenwärtigen Eigenschaft des Verfassers als Vorsitzender der Hohen Kommission verfaßt war oder nicht. Erst Rückfragen haben ergeben, daß die

britische Seite von diesem Schritt keine Kenntnis hatte. Bemerkenswert ist auch, daß sich McCloy ausdrücklich auf Herrn Monnet, bezieht, nach dessen Auffassung der Schuman-Plan ohne die Zusicherung einer Auflösung des Kohlenverkaufs überhaupt nicht hätte paraphrasiert werden können. Wenn sich McCloy in dieser Form zum Anwalt der durchsichtigen französischen Interessen macht, dann wird klar, was es mit den alliierten Zusicherungen hinsichtlich der Ersatzorganisation auf sich hat.

+ + +

#### Auftakt zur Arbeit der Internationale

(sp) Die erste Sitzung des "Büros der Sozialistischen Internationale", die am Wochenende in London stattfand, war über alle Erwartung hinaus das, was man gutes "teamwork" nennt und ein wirklich verheißungsvoller Auftakt zur Arbeit der Internationale überhaupt.

Das Büro, der kleine, ständig tätige "Kontaktkopf" der Mitgliedstaaten, hatte bei dieser Londoner Zusammenkunft hauptsächlich die Aufgabe, die erste Sitzung des Generalrates der Internationale vorzubereiten. Der Generalrat ist eine Institution, deren Tätigkeitsbereich und Kompetenz etwa in der Mitte zwischen Büro und "Vollversammlung" liegt. Jede der zusammengesetzten Parteien entsendet zwei Vertreter in den Rat, dessen Tagungen zwei bis dreimal im Jahr einberufen werden sollen.

Die nächste, erste Sitzung des Rates also wird Anfang Dezember in Brüssel stattfinden. Auf der Büro-Besprechung wurde beschlossen, in den Mittelpunkt der Tagesordnung das zunächst sehr allgemein gehaltene Thema "Die internationale Situation" zu stellen, um von dieser Basis aus zu den Ergebnissen der kommenden großen internationalen Konferenzen in San Francisco, Washington und Rom Stellung nehmen zu können. Vor dieser Sitzung sollen nun alle Mitgliedsparteien ihre spezielle Stellungnahme zu den Konferenz-Ergebnissen schriftlich formulieren, damit, ebenfalls noch vor der Tagung, diese Stellungnahmen unter den einzelnen Mitgliedsparteien ausgetauscht werden können.

Ein weiterer Punkt der Brüsseler Tagesordnung, so beschloß

das Büro, soll eine erste Diskussion über die Möglichkeiten zur allgemeinen Steigerung der Produktion und der Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft sein. Man glaubt kaum, dabei schon zu festen Beschlüssen zu kommen, doch erwartet man, daß gewisse Richtlinien für alle Organisationen in allen Mitglieds-Ländern ausgearbeitet werden können. Eine Art Experten-Konferenz soll ständig am Thema bleiben und Beschlüsse vorbereiten.

Interessant erscheint die Absicht des Büros, erweiterte Einwirkungsmöglichkeiten der Internationale im asiatischen Raum in Brüssel prüfen zu lassen. Eine solche Erörterung gewinnt dadurch an Aktualität, daß indische und japanische Delegierte schon jetzt angeregt haben, Anfang des nächsten Jahres eine größere Zusammenkunft der asiatischen sozialistischen Parteien durchzuführen.

Gegenstand einer längeren Debatte der Londoner Sitzung war auch die Lage in Spanien und die Möglichkeiten, die psychologischen und politischen Auswirkungen der amerikanischen Spanienpolitik abzuschwächen. Vermutlich wird dieses Thema auch in Brüssel aufgegriffen werden.

Andere, zunächst im besonderen gerade für die Londoner Besprechungen vorgesehene Fragen, so das Problem der sozialistischen Exilparteien der osteuropäischen Staaten und das Projekt einer Agrarkonferenz, wurden einstweilen, aus vorwiegend technischen Gründen, zurückgestellt.

Für die deutsche Öffentlichkeit ist schließlich besonders interessant, daß nach einer in London erfolgten Mitteilung der Schuman-Plan-Ausschuß der beteiligten sozialistischen Parteien nunmehr gemeinsam eine Reihe von Fragen ausgearbeitet hat, die von den Fraktionen in den einzelnen Parlamenten der Schuman-Plan-Staaten vorgelegt werden sollen.

+ + +

Seltsame Berlin - Hilfe

J.F.W. Bei den verschiedensten Gelegenheiten wies der NWDR zur Rechtfertigung seiner Finanzwirtschaft auf die Ausgaben hin, die ihm aus dem Betrieb des NWDR-Senders in Berlin erwachsen. Die Berliner Hörergebühren nämlich fließen nicht in die Kassen des Rundfunks, sondern werden zur Finanzierung der Berliner Magistratspost, die ohne diese Einnahmen nicht lebensfähig sein würde, benutzt. Der NWDR wendete daher seit der Währungsreform alljährlich mehr als vier Millionen DM seiner westdeutschen Einnahmen für den Berliner Sender auf. Von Hamburg aus wurde stets betont, daß diese Ausgaben eine gern übernommene Verpflichtung des NWDR darstellten, mit der diese Rundfunkanstalt ihren Beitrag zur Unterstützung Berlins und der Ostzone liefert.

Umso befremdender wirkt es, daß der NWDR nun plötzlich seine bisher geübte verantwortungsvolle Haltung gegenüber Berlin aufgibt. Mehr noch, er widerruft sogar die Hilfe. In einem Schreiben an den Bundesfinanzminister fordert die Leitung des NWDR nämlich nicht mehr und nicht weniger, als 11,3 Millionen DM aus den Mitteln der Bundesfinanzhilfe für Berlin. Ausgehend von einem Rechtsgutachten des Oberlandesgerichtspräsidenten und Vorsitzenden des Hauptausschusses, Dr. Kuhnt, wird unter Hinweis darauf, daß der NWDR Anspruch auf einen angemessenen Teil der Berliner Rundfunkgebühren habe, diese runde Summe für die Vergangenheit, d.h. seit April 1948, gefordert. Für die Zukunft werden Ansprüche in Höhe von 4,9 Millionen DM jährlich angemeldet.

Sicher hat der NWDR, solange er in Berlin einen Sender betreibt, einen grundsätzlichen Anspruch auf die dortigen Rundfunkgebühren. Formaljuristisch wird man Dr. Kuhnt folgen müssen. Als man sich aber in der Generaldirektion des NWDR zu dem Brief an Minister Schäffer entschloß, vergaß man dort, daß durch dieses Schreiben aus einer juristischen Überlegung eine Forderung mit politischen Konsequenzen wurde. Unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt aber spricht wahrhaftig gar nichts für die Forderung des NWDR. In der Vergangenheit hat der NWDR dies offenbar auch selbst empfunden, da er die Aufwendungen für seinen Berliner Sender als

seine gesamtdeutsche Ehrenpflicht bezeichnete. Es wirkt mehr als seltsam, wenn er nun nachträglich versucht, für diese freiwillig übernommene Freundschaftshilfe Bezahlung zu erhalten.

Beim NWDR mag, als er seine Forderung formulierte, die Überlegung mitgesprochen haben, daß es in erster Linie Sache des Bundes sei, Berlin zu helfen. Das ist zweifellos richtig. Doch hätte man in Hamburg daran denken müssen, daß bei der bekannten Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber Berlin eine Erhöhung der Berliner Finanzhilfe um mehr als elf Millionen nicht zu erreichen sein wird. Es bleibt daher bei dem peinlichen Tatbestand, daß der reiche NWDR eine Forderung stelle, die, sollte ihr stattgegeben werden, die Mittel, über die Berlin verfügen kann, schmälern muß.

Der NWDR hat Steuersorgen: Minister Schäffer will den Rundfunk zur Umsatzsteuer heranziehen. Der Wunsch, diese Belastung aufzufangen, mag den NWDR bestimmen, seinerseits Ansprüche zu stellen die geeignet sind, ihm neue Finanzquellen zu erschließen. Dies verständliche Bestreben darf aber nicht so weit gehen, Forderungen zu erheben, die sich als Gefährdung Berlins auswirken können, und die damit geeignet sind, schwersten politischen Schaden anzurichten.

+ + +

#### B i t t e r e P i l l e

Der Bundeskanzler hat kürzlich, wenn wir richtig unterrichtet sind, in einem privaten Gespräch gesagt, mit Dr. Schumacher wolle er nichts zu tun haben. Bis zu einem gewissen Grade kann man das verstehen, denn die bisherigen Unterhaltungen mit Dr. Schumacher waren wohl in der Tat für Dr. Adenauer keine reine Freude. Immerhin sollte er, der in der Öffentlichkeit die Forderung nach einer außenpolitischen Zusammenarbeit mit der Opposition von Zeit zu Zeit immer wieder erhebt, sich sagen, daß es für den Regierungschef eines parlamentarisch-demokratischen Staates eigentlich kein Standpunkt ist, mit dem Oppositionsführer nichts zu tun haben zu wollen.

Nun ist soeben dem Kanzler von einer ganz anderen Seite ein für ihn wenig erfreulicher Vers ins Stammbuch geschrieben worden. Die Katholische Arbeiterbewegung hat in der "Ketteler Wacht" einen

besonderen Außenminister und einen Staatssekretär des Äußeren gefordert, "der seinen Aufgaben gerecht werden kann". Der Bundeskanzler sei in seinem Bestreben, eine isolierte europäische Einigung auf der Grundlage einer deutsch-französischen Verständigung zu erreichen, offensichtlich zu weit gegangen. Er habe die Machtverhältnisse und besonders die psychologische Geneigtheit Frankreichs zum Zusammengehen mit Deutschland aus seinem früheren rheinisch-abendländischen Gesichtswinkel heraus (!! D.Red.) verkannt. Hinzu komme die Fehlbesetzung des Staatssekretärpostens durch Prof. Walter Hallstein, der zu der Aufgabe eines auswärtigen Dienstes und den außenpolitischen Fragen schlechterdings keine Beziehungen habe.

Das alles könnte wörtlich einer sozialdemokratischen Stellungnahme entnommen sein. Die hier zum Ausdruck gekommene Ansicht aus katholischen Kreisen verliert auch dadurch nicht an Gewicht, daß in einem Nebensatz die "maßlose Kritik der Opposition an der deutschen Außenpolitik" abgelehnt wird. Das ist nur die süße Umhüllung einer bitteren Pille.

+ + +

„Der Zahn muß raus!“

(sp) Es gibt einen "Elmschenhagener Kurier", Kiel-Elmschenhagen, "erscheint jeden Freitag". Erste Seite: "Feuer durch Blitzschlag" - "Der Hund hielt die Totenwache" - "Teil der Kronjuwelen zurückgegeben" - "Der Zahn muß raus". Unter dem Strich: "Lokalnachrichten". Keine einzige politische Meldung. Zweite Seite: Anzeigen und Familienchronik. Dritte Seite: Roman und NWDR-Programm. Ganze vierte Seite unter der Balkenüberschrift "Hier ruft der Stahlhelm". Er ruft jeden Freitag mit Geleitworten, Appellen zu Stahlhelm-Führer-Treffen und dergleichen. In der Nummer vom 24.8. findet sich auch, unterzeichnet vom Landesverbands-Führer, eine Entschliebung, in der es unter anderem heißt:

"Der Stahlhelm verneint die Masse, die sich selbst führen will, und weil er sie verneint, erhofft er auch keine Rettung des Volkes durch Mehrheitsbeschlüsse, die von der Wählermasse diktiert werden".

Das ist die klare und ausdrückliche Verneinung des demokratischen Prinzips. Man sollte sich im Innenministerium damit einmal eingehend befassen und schnell und gründlich Ordnung schaffen. "Der Zahn muß raus" - wie es in der Meldung des Blättchens in Elmschenhagen hieß.

+ + +

HINWEIS für die Redaktionen:

Wir versenden morgen (4.9.51) einen Beitrag zum 7.9.: Zwei Jahre Bundesparlament. D.Red.

Verantwortlich: Peter Raunau